PB.S-01-317

Kapitel 3: Solidarität sichern

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	Anke Nettelroth (KV Erfurt)
Status:	Zurückgezogen

Änderungsantrag zu PB.S-01

Von Zeile 316 bis 318 einfügen:
Rentner*innen, wollen wir in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen und Regelungen für haushaltsnahe Dienstleistungen schaffen.
Da eine Schwangerschaft nicht mit Existenzängsten verbunden sein darf, fordern wir den besonderen Schutz für selbständige Mütter und die Verankerung dessen im Mutterschutzgesetz. Jeder werdenden Mutter muss ein Schutz von 6 Wochen vor und 8 Wochen nach Entbindung zustehen sowie das damit einhergehende Mutterschaftsgeld in Anlehnung an das bereits Bestehende. Nur so ist zu verhindern, dass Schwangere in den Ruin getrieben werden. Dafür werden wir uns als BÜNDNISGRÜNE durch eine Bundesratsinitiative einsetzen.

Begründung

Es ist leider immer noch eine große finanzielle Not für selbständige Frauen, die Verdienstausfälle vor und nach Entbindung auszugleichen. Daher empfielt sich der Mutterschutz für alle Frauen, egal, wie sie ihr Geld verdienen. Die Finanzierung kann hälftig durch Krankenversicherung und Steuermitteln erfolgen.

weitere Antragsteller*innen

Reinhard Loos (KV Erfurt); Marie Möller (KV Erfurt); Thomas Richter (KV Erfurt); Kathleen Lützkendorf (KV Jena); Michael Hoffmeier (KV Eichsfeld); Marleen Maier (Hannover RV); Isabell Christin Welle (KV Jena); Sylvia Momsen (KV Frankfurt); Cornelia Lüddemann (KV Dessau-Rosslau); Jasper Ole Felix Kiehn (KV Hamburg-Nord); Elisabeth Kömm-Häfner (KV Heidenheim); Ann-Sophie Bohm (KV Weimar-Stadt); Thomas Schaefer (KV Erfurt); Uwe Dietrich (KV Hildesheim); Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei); Babett Pfefferlein (KV Kyffhäuserkreis); Marcus Neumann (KV Erfurt); Henriette Jarke (KV Jena); Justus Heuer (KV Jena); Malte Richter (KV Erfurt); Nico Paul (KV Erfurt)